

### **Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:**

Danke schön. Als nächstes spricht für die Fraktion der DSU der Abgeordnete Anys.

### **Anys für die Fraktion der DSU:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Geehrte Damen und Herren! Es ist hier viel schon von Aufstieg, von Unter- und Übergang gesprochen worden. Zahlen sind genannt worden, kritische Punkte uns vorgestellt worden. Der vorliegende Haushaltsentwurf ist wie wohl in allen Demokratien der Welt, die nicht über ausreichende wirtschaftliche Reserven verfügen, ein Kompromiß zwischen Wünschenswertem und Machbarem. Das Wünschenswerte - und da besteht sicher zwischen den Fraktionen des Hohen Hauses keinerlei Meinungsunterschied - wäre nicht nur eine teilweise Verdoppelung, sondern sogar eine Vervielfachung der Haushalte Soziales, Umwelt und Familie. Die Verkürzung gegenüber den vollständigen Einzelplattiteln sehen Sie mir bitte nach. Das Machbare aber zeigt auf, daß auch ein in Permanenz bzw. bis in die Nächte hinein tagender Haushaltsausschuß keinesfalls Finanzmittel produzieren, sondern eben nur in ganz begrenztem Maße umverteilen kann.

Die uns vorliegende Beschlußempfehlung des Haushaltsausschusses macht deutlich: Selbst Einzelhaushalte, die nach fraktionsübergreifendem Verständnis mit der deutschen Einheit in ihrer Sinnhaftigkeit zumindest sehr in Frage gestellt sind - ich denke an die schon genannten Haushalte für Abrüstung und Verteidigung und des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten -, kann man nur in wenigen Bereichen, ohne nähere Betrachtung der Einzelpositionen kürzen, dies deshalb, weil, und dies erscheint uns als Deutscher Sozialer Union äußerst wichtig, ein großer, wenn nicht überwiegender Teil der geplanten Ausgaben Personalkosten sind. Die Beschäftigten aber gehören doch wohl ebenso zum erweiterten Sozialbereich wie Inhalte des Haushaltes des Ministeriums für Arbeit und Soziales.

Wiewohl also noch viele Wünsche an Leistungen aus dem Haushalt der Noch-DDR, die ja bekanntermaßen diesen Haushalt nur mit enormen Zuschüssen und Hilfen aus der Bundesrepublik realisieren kann, unbefriedigt bleiben müssen, stimmt die Fraktion der DSU dem vorliegenden Beschlußentwurf zu. - Danke schön.

(Beifall, vor allem bei DSU und CDU/DA)

### **Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:**

Als nächstes hat der Minister für Ernährung, Land- und Forstwirtschaft um das Wort gebeten.

### **Dr. Pollack, Minister für Ernährung, Land- und Forstwirtschaft:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Am Donnerstag dieser Woche hat in diesem Hohen Haus der Agrarhaushalt schon zweimal eine wichtige Rolle gespielt, nämlich erstens in der Aussprache zum Einzelplan des Ministeriums für Ernährung, Land- und Forstwirtschaft und zweitens in der Aktuellen Stunde über Agrarfragen. Zu beiden Anlässen ist hier sehr deutlich gemacht worden, wie prekär und wie spannungsgeladen die Situation im gesamten Agrarbereich im Augenblick ist und wie dringend notwendig die Anpassungshilfen für die Agrarwirtschaft sind. Dabei ist auch von allen Rednern weitgehend übereinstimmend zum Ausdruck gebracht worden, daß erstens diese Hilfen sehr kurzfristig wirksam gemacht werden müssen und zweitens, daß sie sehr knapp sind. Diese Feststellungen decken sich voll mit meinen persönlichen Auffassungen und mit der Einschätzung meines Hauses. Prof. Kauffold hat hier in der Diskussion die Zahlen genannt.

Die Sprecher aller Fraktionen haben am Donnerstag weitgehend Übereinstimmung zum Ausdruck gebracht, daß es unverantwortlich wäre, zur Deckung der Haushaltslücke noch weitere

Kürzungen im Agrarhaushalt vorzunehmen. Der Haushaltsausschuß dieses Hohen Hauses schlägt nun vor, den Agrarhaushalt mit Ausnahme der Marktordnungskosten um reichlich 200 Mio DM zu kürzen. Außerdem schlägt er vor, bei den Ausgaben für Wissenschaft rund 50%, das sind 120 Mio DM, zu sperren. Nun gut: Diese Mittel sind wieder eröfienbar mit entsprechenden Begründungen. Ich muß hier aber eindeutig erklären, daß ich mich außerstande sehe, diese 6,9 % Kürzungsmaßnahmen mit zu tragen, denn das sind insbesondere Mittel für die agrarstrukturelle Anpassung, einschließlich der Einkommenshilfen für den Preisbruch. Diesen Weg können wir meines Erachtens nicht gehen, und ich bitte die Abgeordneten dieses Hohen Hauses, diesen Vorschlägen des Haushaltsausschusses hier in dieser Form nicht zuzustimmen. - Danke schön.

(Beifall bei SPD und DBD/DFD)

### **Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:**

Als nächster hat das Wort für die Fraktion Bündnis 90/Grüne der Abgeordnete Tschiche.

### **Tschiche für die Fraktion Bündnis 90/Grüne:**

Sehr verehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zahlen haben ja jetzt schon eine große Rolle gespielt. Ich denke, es ist klar, der Haushaltsplan ist die Folge einer politischen Entscheidung, und die politische Entscheidung fiel damit, daß man an die erste Stelle die Währungsunion setzte. Und genau diese Währungsunion hat zur Folge gehabt, daß die ohnehin schon marode Wirtschaft einen Sturzbach hinunterstürzt. Das ist das Problem. Das heißt, die politische Entscheidung hat den Verfall der DDR-Wirtschaft beschleunigt. Sie ist nicht die Ursache dafür, aber sie hat ihn beschleunigt. Das muß man noch einmal deutlich machen, damit man bei der Verteilung der Schulduweisung einigermaßen zurechtkommt.

Wir, die wir in diesem Hause sitzen und uns mehrheitlich dazu entschlossen haben, sind Teilhaber dieses Zerfalls der DDR-Wirtschaft. Wir haben ihn mit verursacht durch unsere politischen Entscheidungen. Das scheint mir wichtig zu sein. Nun hat man gesagt: Hätten wir andere Reparaturangebote ...! Darüber ist hier wiederholt geredet worden, wir haben darüber gesprochen, die Angebote lagen vor, und auch die Wirtschaftsfachleute und die Banker in der Bundesrepublik hatten dafür votiert, daß am Anfang eine Wirtschaftsreform stehen sollte. Sie wissen das alle. Auch dort sind politische Entscheidungen zuerst gelaufen. Die Angst, daß Gorbatschow stürzt, hat dazu geführt, daß man in einem rasenden Tempo zur Einheit kam, und auf diesem Wege sind sozusagen die sozialen Interessen der DDR-Bevölkerung unter die Räder gekommen. Das ist die Situation.

(Beifall bei der PDS)

Ich weiß, daß wir den Weg nun nicht ändern können. Das ist eine Entscheidung, die gefallen ist. Und was der Haushaltsausschuß versucht hat, was alle Ausschüsse versucht haben, ist die Schadensbegrenzung innerhalb dieses Bereiches. Nur, wie kann man Schaden begrenzen, wenn bereits ein Bein amputiert ist und die Amputation des nächsten bevorsteht? Das ist das Problem. Das heißt, es könnte zu einer ungeheuren Krise führen.

Wir hören, daß in diesem Jahr noch eine Summe etwa zwischen 10 und 17 Milliarden fehlen wird, wenn die Entwicklung in diesem rasenden Tempo weitergeht. Wenn es stimmt, daß die politischen Entscheidungen nicht nur hier in Berlin, sondern vorrangig in Bonn getroffen und von uns nachvollzogen worden sind, dann trägt auch Bonn die politische und damit auch die ökonomische Verantwortung mit; denn wir haben uns sozusagen in den Mehrheiten in diesem Hause insgesamt entschieden, diesen politischen Weg zu gehen. Die Bundesrepublik Deutschland ist sozusagen mitverantwortlich dafür durch diese gemeinsame Entscheidung, den Prozeß voranzutreiben.

Das heißt, im zweiten Staatsvertrag müssen die Bedingungen verhandelt werden, damit die ökonomische Krise sich nicht zur